

---

## ■ Ansprache der Preisträgerin

Prof. Dr. Renate Köcher

Geschäftsführerin des Institutes für Demoskopie Allensbach



Es freut mich, gerade diesen Preis zu erhalten, denn für das Allensbacher Institut in seinen Gründungsjahren hatte *Ludwig Erhard* und sein Feldzug für die Soziale Marktwirtschaft große Bedeutung. Das Institut für Demoskopie wurde 1947 gegründet. 1948 erhielt es durch *Ludwig Erhard* den Auftrag, in drei aufeinanderfolgenden Untersuchungen die Aufgeschlossenheit und Reaktion der Bevölkerung auf die anstehenden gravierenden währungs- und wirtschaftspolitischen Reformen zu untersuchen. Die erste Untersuchung wurde unmittelbar nach Einführung der D-Mark im Juni 1948 durchgeführt, die zweite wenige Wochen danach, die dritte im Oktober 1948.

Die Untersuchungen, die zu den historischen Schätzen des Allensbacher Archivs zählen, ließen breite Unterstützung für die Währungsreform erkennen, aber zunächst große Zweifel, ob die neue Währung stabil sein würde. Und sie zeigten, auf wieviel Vorbehalte die sukzessive Abkehr von der staatlichen Planwirtschaft damals traf. Die von *Erhard* propagierte Marktwirtschaft wurde keineswegs als Verheißung empfunden. Während die überwältigende Mehrheit die Währungsreform begrüßte, trafen die ersten Schritte in die neue Wirtschaftsordnung bei der großen Mehrheit zunächst auf Misstrauen. Ende der 40er Jahre sprach sich noch die Mehrheit der Bevölkerung für staatlich regulierte Lebensmittelpreise aus. Die Erfahrungen mit Preissteigerungen nach der Freigabe von Preisen und die Sorge,

welche Zumutungen eine freiere Wirtschaft noch bereithalten könnte, machten *Erhard* damals zum Buhmann der Nation. Anfang der 50er Jahre beurteilten gerade einmal 14 Prozent der Bürger *Erhard* und seine Politik positiv.

„Ein Wirtschaftssystem wird nicht grundsätzlich aufgrund seiner Leitideen und Prinzipien unterstützt. Das Vertrauen hängt an seinem Erfolg und der Breitenwirkung des Erfolgs.“

1952 wurde dann eine Initiative zur Förderung des Vertrauens in die Marktwirtschaft gegründet, der Verein „Die WAAGE. Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs“. Es wurde unter anderem eine Anzeigenkampagne geschaltet, in der ein Skeptiker und ein Befürworter der Marktwirtschaft – Fritz und Otto – über Marktwirtschaft diskutierten. Diese Anzeigenserie ist heute eine teilweise amüsante, aber auch interessante Lektüre. Ganz lebensnah wurde darin versucht, die Mechanismen, Chancen und Risiken eines freien Wirtschaftssystems zu erklären, übrigens durchaus auch schon im globalen Kontext. Damals war Wirtschaft und Politik mehr als heute bewusst, wie wichtig eine grundsätzliche Auseinandersetzung und Kommunikation mit der Bevölkerung ist.

Durch Kommunikation allein wäre allerdings der Rückhalt für die Marktwirtschaft kaum gewachsen. Was überzeugte, war der Erfolg, war die wirtschaftliche Entwicklung in den 50er und 60er Jahren. Mit dem Aufschwung, dem sogenannten deutschen Wirtschaftswunder, stieg die Unterstützung für die Marktwirtschaft wie auch die Popularität von *Ludwig Erhard*. Schon Ende der 50er Jahre zählte er zu den beliebtesten Politikern der Republik: Zu diesem Zeitpunkt sahen zwei Drittel der Bevölkerung ihn positiv, Anfang der 60er Jahre dann über 80 Prozent – ein Popularitätsniveau, das im Allgemeinen kaum ein Politiker in einer Demokratie erreicht.

Ein Wirtschaftssystem wird nicht grundsätzlich aufgrund seiner Leitideen und Prinzipien unterstützt. Das Vertrauen hängt an seinem Erfolg und der Breitenwirkung des Erfolgs. Das zeigt auch die Entwicklung in Ost- und Westdeutschland nach 1990. Das ursprünglich geradezu euphorische Urteil der ostdeutschen Bevölkerung über die Marktwirtschaft litt unter dem Eindruck der Rezession, die dem Einheitsboom folgte, und der damals in Ostdeutschland steil zunehmenden Arbeitslosigkeit. Später unterminierte in West wie Ost die Phase der Wachstumschwäche zwischen 2000 und 2005 das Vertrauen in die Marktwirtschaft.

Zu diesem Zeitpunkt waren weite Teile der Bevölkerung überzeugt, dass Deutschland ökonomisch seinen Zenit überschritten hat. Die Arbeitslosigkeit und insbesondere auch die Langzeitarbeitslosigkeit nahm zu, genauso die Sorgen der Erwerbstätigen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes; die Verteilungsspielräume

wurden kleiner und gleichzeitig staatliche Garantien abgebaut. In der Folge ging das Zutrauen in das Wirtschaftssystem steil zurück.

Mit dem langfristigen Aufschwung nach 2005 kehrte das Vertrauen zurück und wurde auch durch die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise nicht ernsthaft erschüttert. Dazu war diese Krise zu kurz, die Folgen für die Bevölkerung zu gering und die gemeinschaftlichen Anstrengungen von Politik, Unternehmen und Gesellschaft, die Krise von der Bevölkerung fernzuhalten, stabilisierten das Vertrauen in das System. Über die letzten zwölf Jahre hinweg ist der Rückhalt für die Marktwirtschaft signifikant angestiegen. 2005 hatten lediglich 25 Prozent der Bürger von dem deutschen Wirtschaftssystem eine gute Meinung, heute die Mehrheit. Wie umfassend sich das Urteil über die Marktwirtschaft in der Zeit nach 2005 veränderte, zeigt insbesondere die Einschätzung der Leistungsfähigkeit und Risiken des Systems: 2005 hielt die Mehrheit der Bevölkerung das Wirtschaftssystem insgesamt für nicht leistungsfähig, in den letzten Jahren dagegen weniger als 10 Prozent. Parallel bildete sich die Überzeugung zurück, dass eine Marktwirtschaft mit zu vielen Risiken behaftet ist, wie auch die Einschätzung, dass sich Leistung in diesem System nicht lohnt. Heute ist die Mehrheit der Bürger überzeugt, dass Leistung in dieser Wirtschaftsordnung honoriert wird.

„Während die Wirtschaft das Leben der Bürger in hohem Maße prägt, ihre Chancen, Zukunftsperspektiven, ihren Lebensstandard und Lebenserfahrungen, geht der Anteil der Bevölkerung, der sich für Wirtschaft im breitesten Sinne interessiert, seit Jahren zurück.“

Auch der Blick über die deutschen Grenzen hinaus zeigt, wie sehr das Vertrauen in ein Wirtschaftssystem in hohem Maße von der ökonomischen Situation abhängt. In Frankreich oder Italien ist das Vertrauen in die Wirtschaftsordnung zurzeit gering, wie auch das Vertrauen in die Qualität der Unternehmensführungen und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die Perspektive für die junge Generation wird dort überwiegend kritisch eingeschätzt, ganz anders als in Deutschland.

Diese Abhängigkeit der Akzeptanz eines Wirtschaftssystems vom ökonomischen Erfolg ist verständlich, bedeutet jedoch auch, dass das Vertrauen in das System konjunkturabhängig ist. Selbst kurze Krisen wie 2008/2009 zeigen, dass sofort staatliche Interventionen anders gesehen werden als in konjunkturell guten Zeiten. Zwar hat das Zutrauen in die Marktwirtschaft in dieser Zeit nicht gelitten. Aber die Vorstellungen, wieweit der Staat auf die Wirtschaft Einfluss nehmen sollte, änderten sich gravierend. So nahmen in dieser kurzen Krise die Forderungen steil zu, der Staat solle Managergehälter festlegen, die Arbeit von Managern kontrollieren

oder sogar Ziele für Unternehmen festlegen. Nach 2009 bildeten sich diese Forderungen rasch wieder zurück.

Die Bürger wissen durchaus, was mit einem freien System kompatibel ist und was nicht. So ist die große Mehrheit überzeugt, dass es nicht zu einer Marktwirtschaft passt, wenn der Staat den Unternehmen enge Grenzen setzt, zum Beispiel für die Entlassung von Mitarbeitern, wenn ganze Wirtschaftszweige oder Unternehmen subventioniert werden und genauso wenig protektionistische Maßnahmen oder Werbeverbote.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Bürger derartigen Eingriffen grundsätzlich skeptisch gegenüberstehen. Wenn staatliche Regulierung und Interventionen einem tatsächlich oder vermeintlich guten Zweck dienen, finden sie in der Regel breite Unterstützung. Das gilt für protektionistische Maßnahmen wie für Werbeverbote oder Eingriffe in die Corporate Governance und Personalentscheidungen der Unternehmen. So unterstützt die Mehrheit staatliche Preisgrenzen in bestimmten Bereichen, Werbeverbote in bestimmten Produktbereichen, staatlich festgesetzte Obergrenzen für Managergehälter wie auch Untergrenzen für Gehälter wie Mindestlöhne.

Für die Bevölkerung ist Systemverträglichkeit bestenfalls eines unter mehreren Entscheidungskriterien. Die Rangfolge von Zielen zeigt sich in der Konkurrenz. So ist es der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung wichtig, dass man mit einer Vollzeitberufstätigkeit seinen Lebensunterhalt sichern kann. Eine Konstellation, in der jemand 40 Stunden und mehr in der Woche arbeitet und trotzdem aufgrund einer geringen Entlohnung vom Staat abhängig ist, ist mit den Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürger nicht kompatibel. Entsprechend unterstützten immer breite Mehrheiten von 70 bis 80 Prozent die Einführung von Mindestlöhnen.

Ein anderes Beispiel: Die Rückkehrgarantien für Mitarbeiter nach einer längeren Familienphase dienen zweifelsohne einem guten Zweck – die Gründung von Familien soll nicht die Beschäftigungschancen und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten von Eltern gravierend beeinträchtigen. Auf der anderen Seite steht das Ziel der Dispositionsfreiheit der Unternehmen. Gerade für kleinere Unternehmen sind solche staatlichen Vorgaben natürlich nicht immer leicht zu erfüllen. In solchen Konflikten votiert die große Mehrheit der Bevölkerung jedoch in der Regel gegen die Dispositionsfreiheit der Unternehmen.

In den Vorstellungen der Bürger, was eine Soziale Marktwirtschaft ausmacht, spielt unternehmerische Freiheit interessanterweise eine völlig untergeordnete Rolle. Die große Mehrheit ist überzeugt, dass eine Soziale Marktwirtschaft vor allem durch soziale Sicherheit, faire Arbeitsbedingungen und Löhne, sichere Arbeitsplätze, Chancengerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und Wohlstand gekennzeichnet ist. Drei Viertel der Bevölkerung assoziieren eine Soziale Marktwirtschaft vor allem mit der sozialen Absicherung der Bürger gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit, annähernd

70 Prozent mit sicheren Arbeitsplätzen, 56 Prozent mit einer gerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen. All dies sind wünschenswerte Ziele. Bemerkenswert ist jedoch, dass nur 31 Prozent überzeugt sind, dass eine Soziale Marktwirtschaft vor allem auch durch unternehmerische Freiheit gekennzeichnet ist.

Hier würden sich Grundsatzdebatten lohnen über die Konkurrenz und Gewichtung von Zielen. Allerdings sind solche Debatten immer schwerer zu führen. Das liegt zum einen daran, dass wir in der Gesellschaft immer weniger die Neigung zum grundsätzlichen Diskurs haben, und das gilt verstärkt für ordnungspolitische Debatten. Erschwerend kommt hinzu, dass das Interesse und Verständnis für Wirtschaft zurückgeht. Während die Wirtschaft das Leben der Bürger in hohem Maße prägt, ihre Chancen, Zukunftsperspektiven, ihren Lebensstandard und Lebenserfahrungen, geht der Anteil der Bevölkerung, der sich für Wirtschaft im breitesten Sinne interessiert, seit Jahren zurück. Das gilt für Unternehmensberichterstattungen wie für Finanzthemen, für internationale Handelsbeziehungen wie für wirtschaftspolitische Weichenstellungen. Diese Entwicklung ist besonders ausgeprägt in der jungen Generation zu beobachten und betrifft keineswegs nur das Thema Wirtschaft. Das Interessenspektrum unter 30-Jähriger ist heute enger als vor 15 Jahren. Dies ist auf den ersten Blick erstaunlich, führt man sich die Entwicklung der Bildungsstruktur der Bevölkerung und insbesondere der jungen Generation vor Augen wie auch die Entwicklung der Zugangsmöglichkeiten zu Informationen.

Untersuchungen belegen hier einen engen Zusammenhang mit der Veränderung des Informationsverhaltens. Das, was oft als bloße Substitution traditioneller durch neue Informationsquellen interpretiert wird, ist ein grundlegender Wandel im Umgang mit Informationen. Die habituelle, tägliche Information wird zunehmend durch die Information bei Bedarf ersetzt. Die Mehrheit der jungen Generation vertritt beispielsweise die Auffassung, dass es nicht mehr notwendig ist, sich regelmäßig zu informieren, da man ja bei Bedarf auf den Knopf drücken kann und alle Informationen erhält, die man braucht.

„ Wenn staatliche Regulierung und Interventionen einem tatsächlich oder vermeintlich guten Zweck dienen, finden sie in der Regel breite Unterstützung. Das gilt für protektionistische Maßnahmen wie für Werbeverbote oder Eingriffe in die Corporate Governance und Personalentscheidungen der Unternehmen.“

Daraus entstehen jedoch ein völlig anderer Informationsstand und auch ein anderes Interessensspektrum. Interessen entstehen ja im Allgemeinen nicht plötzlich, sondern durch immer wieder neue Begegnungen mit bestimmten Themen und Informationen. Die geduldige Zeitungslektüre, auch das kontinuierliche Verfolgen von Nachrichten in den Funkmedien haben diese Kontakte weitaus besser



gesichert, als es heute das Internet tut. Das Internet gewöhnt schon Kinder und Jugendliche in hohem Maße daran, die Information nachzufragen, die sie gerade brauchen oder die sie von vornherein interessieren. Dadurch wachsen viele Interessen nicht mehr in dem Maße, wie das früher der Fall war. Ein Ergebnis ist, dass sowohl das Interesse an Wirtschaft wie an Politik heute weitaus stärker altersgebunden ist, als das früher der Fall war. Wir befassen uns noch viel zu wenig mit der Frage, was die Veränderung des Informationsverhaltens mit der Gesellschaft macht, mit der Entwicklung von Interessen, mit dem Wissensfundament und mit der Möglichkeit, einen breiten Diskurs zu führen, an dem sich viele beteiligen können. Ich halte diese Entwicklungen für außerordentlich gravierend; sie werden darüber mitentscheiden, ob wir künftig überhaupt noch in der Lage sind, qualifizierte Debatten zu führen. ■